



GÖTTINGER BLÄTTER

02.2020

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

► Klimaschutz?! Im Ernst?

von Eckhard Fascher

So ändern sich die Zeiten: Mussten die 68er und die Ökopax-Bewegung der achtziger Jahre sich lautstark gegen einen Mainstream in den Medien Gehör verschaffen, kann die heutige Schülerbewegung Fridays for Future sich auf das Wohlwollen zumindest eines Großteils der Medien verlassen. Auch die Wissenschaft ist auf ihrer Seite. Lösungen müssen sie nicht selbst suchen, die werden gleichsam präsentiert. Dies sollte ihr Anliegen auch in den Augen gestandener Linker nicht weniger wichtig machen. Letztendlich sind die Anzeichen des drohenden Klimawandels so unübersehbar, dass sie sich nicht mehr leugnen lassen, wenn das auch einzelne Politiker wie Herr Trump oder seine Gesinnungsgenossen von der AfD tun. Genau dieses Leugnen war die jahrzehntelange Strategie mit dem Problem umzugehen, aber dass ein erhöhter CO₂-Ausstoß zu einer Erderwärmung führt, ist seit dem 19. Jahrhundert bekannt.

Aber wie wird denn heutzutage mit dem Problem umgegangen? An einem normalen Morgen im Januar 2020 hört der Verfasser dieses Textes in einer Nachrichtensendung zu den Aktivitäten von Siemens zur Kohleförderung in Australien, dass die Interessen der jungen Aktivisten von Fridays for Future an ihrer und unserer Zukunft und die der Aktionäre von Siemens als gleichermaßen berechtigt bezeichnet werden also das Allgemeinwohl mit dem Profitinteresse einiger Weniger gleichgestellt wird. Dies ist nichts Neues und leider in unserer Gesellschaft völlig normal.

Im Jahre 1996 hatte ich in Göttingen ein Agenda-21-Initiativen-Plenum mit initiiert, dass von dem Verein für Umwelt- und Konfliktforschung koordiniert wurde.

Mit der Agenda 21 wurde erstmals in einer weltweiten Konferenz 1992 in Rio de Janeiro das Problem des Klima-

wandels anerkannt und umfangreiche Maßnahmen dagegen verabredet, wie eine Reduktion des Kohlendioxidaustrages. Sicher enthielt die Agenda 21 viel Bedenkliches, wie die mangelnde Transparenz bei den Agendazielen und den Umsetzungsprozessen, der Zusammenarbeit mit Konzernen, mit dem Festhalten an einer neoliberalen Markt- und Wachstumsideologie und der fehlenden Absage an Atom- und Gentechnik. Dennoch gab es für die damaligen Initiativen aus den Bereichen Umwelt, Soziales, Bildung und Eine-Welt-Solidarität genügend Anknüpfungspunkte, um Veränderungen einzufordern, zumal die Agenda 21 auch kommunal umgesetzt werden sollte. So forderte der Deutsche Städtetag im Februar 1995 in seinen Materialien für eine lokale Agenda 21 u.a.:

(...) weiter auf Seite 9

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

| | |
|-------------------------|----|
| Klimaschutz | 1 |
| VVN | 2 |
| FG Cuba | 3 |
| DKP | 4 |
| Grobian | 5 |
| DIE LINKE. Termine | 6 |
| DIE LINKE. im Kreistag | 7 |
| Die LINKE. Kreisverband | 8 |
| Göttinger Linke | 9 |
| Leserbrief GT | 10 |
| GÖLinke Ratsinfo | 11 |
| Mahnwache Friedensforum | 12 |

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2020
ist der 15. Februar.
Auslieferung am 20. Februar.

Veranstaltungen

Zum Internationalen Frauentag 2020:

Betriebliche Verankerung des Frauentages und wie kann der Frauenstreik gewerkschaftlich umgesetzt werden?

Einführungsreferat: **Yanira Wolf**, Mitglied des Frauenstreikbündnisses Göttingen, Mitarbeiterin von OKG (organisieren, kämpfen, gewinnen), Verdi- Sekretärin

Moderation: **Ruth Kiefer**, Mitglied im care worker unite Bündnis

Fr., 7. Februar 20, 20.00 Uhr, Rotes Zentrum. Lange Geismarstr, 3

Veranstalter: DKP-Göttingen

Klima"gerechtigkeit" – Was ist das, wie geht das?

Veranstaltung mit **Sabine Leidig**, Mtgl. des Bundestages,
Kordinatorin der AG sozialökologischer Umbau der Linksfraktion

Montag, 2. März 2019, 19.00 Uhr

Ort: Stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest (auf weitere Ankündigungen achten)

Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Bericht von der Mitgliederversammlung der Kreisvereinigung

Am Samstag, den 18.01.2020 fand unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt. Einstimmig wurde ein neuer Sprecherkreis bestehend aus den Kameraden Hans Georg Schwedhelm und Jan Steyer gewählt. Der bisherige Kassierer sowie der Kassensrevisor wurden in ihrem Amt bestätigt.

Außerdem wurde über die Folgen des Gemeinnützigkeitsentzugs durch das Finanzamt Berlin gesprochen. Die VVN-BdA Bundesvereinigung hat bereits juristische Schritte eingeleitet und auch eine Solidaritätskampagne gestartet (vgl. dazu auch Göttinger Blätter 1/2020), an welcher sich bereits viele unserer Freunde

und Bündnispartner beteiligt haben. Die Onlinepetition „Die VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben!“ ist mittlerweile von mehr als 31.000 Menschen unterzeichnet worden. Aus Solidarität mit unserer Arbeit sind seit dem Entzug der Gemeinnützigkeit etwa 1.500 Menschen neu in die VVN-BdA eingetreten. Auch in unserer Kreisvereinigung gab es deutliche Neueintritte, was uns sehr freut!

Ein zweiter wichtiger Gesprächspunkt waren die Planungen zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wir wollen dazu in Kooperationen mit Bündnispartnern rund um den 8. Mai öffentliche Veranstaltungen durchführen.

So werden wir uns als Mitveranstalter am 27.03.2020 an einem Vortrag von Ulrich Schneider (Bundessprecher der VVN-BdA, und Geschäftsführer der Lagergemeinschaft Buchenwald) zur Selbstbefreiung des KZ Buchenwald beteiligen. Am 05.05.2020 veranstalten wir gemeinsam mit dem Göttinger Friedensforum einen Vortrag mit einem Referenten der IMI zur Kriegsrhetorik der Verteidigungsministerin. Am 08.05.2020 wird es dann u.a. die traditionelle Gedenkveranstaltung der VVN-BdA an der Stadtbibliothek geben. – Mehr zu den geplanten Veranstaltungen in der kommenden Ausgabe der Göttinger Blätter.

Sonntag, 02.02.2019, ab 14:00 Uhr

Finissage der Ausstellung „4074 Tage — Tatorte des NSU“ und Vortrag „Es ist noch lange nicht zu Ende. Kassel nach den rechtsextremen Morden an Halit Yozgat und Walter Lübcke“

Vortrag und Diskussion mit Ayse Güleç,
Initiative 6. April, Kassel

Ort: Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“ in der BBS II, Godehardstraße 11

*veranstaltet von der Geschichtswerkstatt
Göttingen in Kooperation mit dem Haus
der Kulturen*

Auch mehr als 13 Jahre nach der Ermordung des Kasseler Halit Yozgat durch den rechtsterroristischen NSU kann und darf kein Schlussstrich gezogen werden. Zu viele Fragen sind immer noch offen: nach der Rolle des Verfassungsschützers Andreas Temme, der am Tatort gewesen ist, nach den Akten des Verfassungsschutzes, die noch für Jahrzehnte gesperrt bleiben sollen, nach den Unterstützern, die der NSU in Kassel gehabt haben muss. Wie tödlich die Gefahr ist, die von der örtlichen Neonazi-Szene bis heute ausgeht, hat der Mordanschlag auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am 2. Juni 2019 gezeigt.

Buchveröffentlichung

► Zur Geschichte von Zwangssterilisation und Krankenmorden in der Region Duderstadt

Was ist mit den behinderten Menschen aus dem Untereichsfeld während der Zeit des Nationalsozialismus geschehen? Diese Frage wollte ich beantworten. Wo waren die behinderten Menschen zu der Zeit eigentlich untergebracht? Das Buch versucht eine Antwort auf die vorgenannten Fragen zu geben. Der Text ist der Versuch, lokale Quellen aus dem Kreis Duderstadt zum Thema Sterilisation und Krankenmord darzustellen. Der einleitende Text soll dem/der Leser/in den allgemeinen Hintergrund der lokalen Maßnahmen von Gesundheitsamt, Gerichten und Polizei während der NS Zeit erläutern. Warum wurden Menschen gegen ihren Willen sterilisiert und welche staatliche Stelle setzte das durch? Einige Einwohner unserer Region wurden in den von den Nazis geschaffenen Gasanstalten ermordet. Ihren Leidensweg versuche ich darzustellen.

Das Buch zu Zwangssterilisation und Krankenmorden im Untereichsfeld während der NS-Zeit gibt es zu einem Preis von 10 Euro in den Buchhandlungen

Mecke und Seseke, Duderstadt, und im Buchladen Rote Straße, Göttingen. Das Buch hat einen Umfang von 80 Seiten und ist im Eigenverlag veröffentlicht worden.

(Hans Georg Schwedhelm)

Radio-Feature im Stadtradio zur KZ-Gedenk- stätte Bergen-Belsen

Inge Lütke hat kürzlich ein dreiteiliges Feature zur KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen produziert, das im Stadtradio Göttingen ausgestrahlt wird.

Die Sendetermine sind:

Teil 1: Montag, den 27.01.20 um 18:05 Uhr
Teil 2: Mittwoch, den 29.01.20 um 18:05 Uhr
Teil 3: Donnerstag, den 30.01.20 um 18:05 Uhr

Die Teile werden erneut ausgestrahlt am:
Teil 1: Samstag, den 01.02.20 um 11 Uhr
Teil 2: Sonntag, den 02.02.20 um 11 Uhr
Teil 3: Montag, den 03.02.20 um 11 Uhr

Die Texte zum Radiofeature können hier nachgelesen werden:

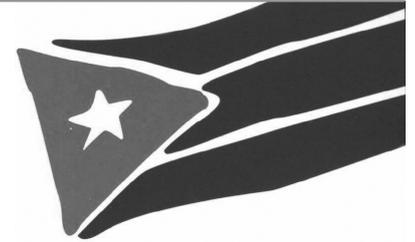
Text zu Teil 1: <http://www.radio-uebrigens.de/?p=2675>

Text zu Teil 2: <http://www.radio-uebrigens.de/?p=2673>

Text zu Teil 3: <http://www.radio-uebrigens.de/?p=2670>

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

am 11. Februar um 20.00 Uhr im Berliner Hof

USA: Weitere Klage gegen Kreuzfahrtgesellschaften zu Kuba abgewiesen

Eine Richterin in den USA hat eine gegen die Kreuzfahrtgesellschaft Norwegian Cruise unter dem Titel III des Helms- Burton Gesetzes zu Kuba eingereichte Klage zurückgewiesen, nachdem sie bereits eine ähnliche Entscheidung zugunsten von MSC Cruises getroffen hatte / Autor: Redaktion Digital | informacion@granma.cu

Eine Richterin in den USA hat eine gegen die Kreuzfahrtgesellschaft Norwegian Cruise unter Titel III des Helms-Burton Gesetzes zu Kuba eingereichte Klage zurückgewiesen, nachdem sie bereits eine ähnliche Entscheidung zugunsten von MSC Cruises getroffen hatte.

Die Richterin Beth Bloom erließ eine Anordnung, in der sie die Beschwerde zum Nachteil zurückwies, was bedeutet, dass das Gericht eine abschließende Entscheidung über den Fall getroffen hat und es deswegen dem Kläger untersagt ist, ein auf gleicher Grundlage basierendes anderes Rechtsmittel einzureichen.

Havana Docks Corporation, eine Gesellschaft, die von sich behauptet, sie sei „rechtmäßige Eigentümerin bestimmter Gewerbeimmobilien“ im Hafen von Ha-

vanna, reichte am 27. August eine Klage gegen Norwegian Cruise MSC Cruises und Royal Caribbean wegen Nutzung ihrer Infrastruktur ein.

In der Klage wird darauf verwiesen, dass ab März 2017 zwei Jahre lang das Unternehmen Norwegian Cruise „wissentlich und absichtlich“ seine Geschäfte mit Kreuzfahrtschiffen nach Kuba aufnahm, durchführte und zu bewarb“ aufgrund dessen es regelmäßig seine Passagiere aufnahm und absetzte „ohne die Autorisierung des Klägers oder irgendeines US-Bürgers, der einen Anspruch auf das zugrunde liegende Eigentum hat“.

Die Reederei argumentierte ihrerseits in einem Antrag, dass die Klage aus vier Gründen abgewiesen werden müsse, darunter dem, dass der Kläger nicht ge-

nügend Fakten habe, um zu behaupten, dass er absichtlich und wissentlich illegal gehandelt habe.

Die Gesellschaft fügte hinzu, dass die Anwendung des Titels III in diesem Fall gegen die ex-post facto Klausel verstoße und wies außerdem darauf hin, dass der Kläger nicht behauptet habe, dass die Gesellschaft mit Waren gehandelt habe, auf die der Kläger einen Anspruch habe.

Außerdem war der Kläger im Besitz eines zeitlich befristeten Mietvertrags, der 2004 ausgelaufen wäre, wenn der Terminal nicht 1960 verstaatlicht worden wären. Norwegian Cruise argumentierte daher, dass das „Eigentum“ nicht Teil der Klage sein könne, weil der Anspruch des Klägers 13 Jahre vor der Ankunft der Schiffe seiner Gesellschaft in Kuba abgelaufen war.

Über 620 000 im Ausland lebende Kubaner besuchten Kuba 2019

Trotz der Maßnahmen, die die Regierung der Vereinigten Staaten seit Ende 2017 ergriffen hat, um die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern umzukehren, wie die Aussetzung der konsularischen Vertretung in Havanna, die Ausweisung von 17 diplomatischen Beamten aus unserer Botschaft in Washington unter Anführung ungerechtfertigter und politisch motivierter Ausreden und in jüngster Zeit die Aussetzung der Flüge zu neun Zielen in Kuba, hat die Beziehung der Emigration zu ihrem Vaterland nicht aufgehört.

Dies wird dadurch bestätigt, dass insgesamt 623.831 im Ausland lebende Kubaner das Land im Jahr 2019 besuchten, „ein Beweis für die Stärkung der Beziehungen der antillianischen Nation zu ihren Staatsangehörigen“, versicherte Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla, der auf seinem Twitter-Konto angab, dass 552.816 davon aus den USA kamen.

Diese Maßnahmen, die bis heute in Kraft sind, tragen dazu bei, den normalen Zustrom von kubanischen Reisenden ins Ausland und aus dem Ausland nach Kuba, insbesondere von und nach den Vereinigten Staaten, zu behindern, wodurch die normale Kommunikation zwischen den kubanischen Familien behindert wird.

Nach Angaben des Direktors für konsularische Angelegenheiten und im Ausland lebende kubanische Staatsbürger

des Außenministeriums, Ernesto Soberón Guzmán, wurden in den letzten sechs Jahren über drei Millionen Einreisen von in anderen Breiten wohnhaften Kubanern in das Staatsgebiet registriert.

Um die Beziehungen zwischen der Regierung und den im Ausland lebenden Kubanern weiter zu stärken, wird in Havanna vom 8. bis 10. April die IV. Konferenz Nation und Emigration stattfinden.



40 Jahre „Cuba libre“

Der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, der Redaktion von "Cuba Libre" und allen Unterstützenden Dank für die seit ihrer Gründung vor 40 Jahren ehrenamtlich geleistete Solidaritätsarbeit, Dank für die regelmäßig erscheinenden Berichte, das Bemühen um Aufklärung über die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Lebens und Leidens der Bevölkerung Kubas, die Verteidigung ihrer mit der Revolution erkämpften Werte.
(Rolf Becker)



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Defender 2020“ stoppen – raus aus der NATO!

Im Frühjahr 2020 wird die US-Armee ihr Großmanöver „Defender Europe 2020“ mit Unterstützung von 15 NATO-Ländern sowie zwei weiteren US-Verbündeten durchführen. Erklärtes Ziel ist dabei die Übung von Transport und Verteilung von Truppen und Waffen im großen Maßstab aus den USA nach Deutschland, Polen, Georgien, ins Baltikum und nach Finnland. Offi ziell heißt es, um die „strategische Bereitschaft und Verstärkung zu testen“ – d.h. den reibungslosen Transport von Truppen und Waffen an die russische Westgrenze.

Insgesamt werden 37.000 US-Soldaten teilnehmen, davon 20.000, die in den USA stationiert sind. Damit ist es das größte US-Militärmanöver in Europa seit Ende des Kalten Krieges. Getestet wird die schnelle Verlegung von Truppen und Kriegsgüter über europäische Ländergrenzen hinweg – für einen großen Krieg gegen Russland.

Die Bundesrepublik Deutschland spielt als teilnehmendes NATO-Land dabei eine zentrale Rolle, da der Transport wesentlich über deutsches Territorium geführt wird. Das Manöver ist de facto eine Kampfansage an die Russische Föderation. Es werden unmittelbar militärlogistische Voraussetzungen geschaffen, die einen Krieg gegen Russland möglich machen. „Defender 2020“ eskaliert den neuen Kalten Krieg der NATO gegen Russland und bedroht damit Frieden und Sicherheit in ganz Europa.

Bundesregierung und Bundeswehr unterstützen „Defender 2020“. In den NATO-Plänen hat unser Land die Rolle als Logistikkreuzung, Aufmarschgebiet und „potenzielles rückwärtiges Einsatzgebiet“, wie es in der „Konzeption der Bundeswehr“ heißt. Das bedeutet: Deutschland ist potentiell künftiges

Schlachtfeld! Diese Rolle wird mit „Defender“ eingeübt. Die Unterstützung der US-Transporte umfasst u.a. folgendes: Massive Nutzung von Straßen und Schienen, Betrieb dreier sogenannter Convoy-Support-Zentren in Garlstedt (Niedersachsen), Burg (Sachsen-Anhalt) und auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz (Sachsen), Nutzung des Truppenübungsplatzes Bergen in der Lüneburger Heide als Großtankstelle, Nutzung des im Aufbau befindlichen neuen militärischen Hauptquartiers zur Organisation schneller Truppenverlegungen (Joint Support and Enabling Command, JSEC) in Ulm und Gefechtsstandsübungen in Grafenwöhr (Bayern). Die Bundeswehr beteiligt sich mit rund 1750 Soldaten.

„Defender 2020“ ist eine doppelte Provokation gegen den Frieden in Europa: Offenkundig in Form der konkret geplanten Truppenbewegungen und Gefechtsmanöver, die eine dringend nötige Entspannungspolitik mit Russland unmöglich machen und Gegenreaktionen auslösen werden. Genauso aber auch beim gewählten Zeitpunkt des Manövers: Exakt zum 75. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus, an dem die Rote Armee, die Sowjetunion entschei-

Mitgliederversammlungen im Januar

Die Mitgliederversammlungen finden im **Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2**, statt.

MV Dienstag., 04. Februar, 20:00 Uhr

MV Dienstag., 18. Februar, 20:00 Uhr

Bei Redaktionsschluss standen die Themen leider noch nicht fest. Es wird per mail dazu eingeladen.

denden Anteil hatten. Doch statt Frieden mit Russland gibt es zum Jubiläum von USA und NATO eine Neuauflage westlicher Aggressionspolitik. Nachdem die NATO immer weiter an Russland herangerückt ist, und sich weitere Länder wie Georgien und Ukraine in den eigenen Einflussbereich einverleibt hat, wurde mit Raketenabschussvorrichtungen in Osteuropa, dem Zerreißen des INF-Vertrages und ständigen Manövern vor der russischen „Haustür“ die Eskalation stetig vorangetrieben. Zur propagandistischen Begleitung werden in einer Resolution des EU-Parlaments Geschichtslügen wie die von der angeblichen Mitschuld der Sowjetunion am zweiten Weltkrieg aufgewärmt.

Die DKP fordert von der Bundesregierung:

- Absage der deutschen Unterstützung für „Defender 2020“: Keine US-Truppentransporte über bundesdeutsches Territorium!
- Ausweisung von US-Botschafter Grenell!
- Kündigung des Nordatlantikvertrags mit den Vereinigten Staaten von Amerika nach Art. 13 – das heißt: Raus aus der NATO innerhalb eines Jahres!
- Kündigung des Stationierungsvertrags ausländischer Streitkräfte in der BRD!
- Abzug der US-Atombomben aus Büchel!
- Abzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland!
- Abrüsten statt Aufrüsten

Termin vormerken!



**21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP**

**DAS FEST DES FRIEDENS
UND DER SOLIDARITÄT**

28. - 30. AUGUST 2020

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ FilmFreunde Grone: Fünf Jahre Winterkino in Grone

Am 17. Januar wurde in der Jonagemeinde in Grone das 5-jährige Jubiläum des Winterkino Grone gefeiert. Frank Wedekind vom Vorstand der Jonagemeinde eröffnete die Veranstaltung wie immer und erinnerte an den ersten Film, „Ziemlich beste Freunde“, der gleich bei der ersten Veranstaltung viele Besucher angelockt hatte. Seither wird in den Monaten Oktober bis März am dritten Freitag im Monat der Gemeindesaal umgeräumt, die Leinwand aufgebaut, der Beamer aufgestellt und es gibt ausgesuchte Filme zu sehen, die meistens nicht in Holly- oder Bollywood gedreht wurden.

Ausgangspunkt des Winterkino Grone war die Idee, im Stadtteil ein kulturelles Angebot zu schaffen, damit die Bewohner sich einfach mal kennenlernen können, miteinander sprechen, sich austauschen und eine angenehme Zeit miteinander verbringen können, ohne dabei viel Geld oder Zeit aufwenden zu müssen. Mit diesem Ansinnen traten im Sommer 2014 die Grobiane an die Bürgerinitiative Grone Süd und die Jonagemeinde mit dem Vorschlag heran, dieses Vorhaben gemeinsam zu stemmen.

„Und dieses Ansinnen“, so Harald Engelhardt von der BI Grone Süd in seiner Rede „ist ein echter Erfolg geworden. Wir haben inzwischen Besucherzahlen von 50 – 60 Menschen pro Filmabend, für viele ist dieser Termin ein fester Bestandteil im Kalender.“ Dass die Filmabende so gut besucht werden, liegt mit Sicherheit an den sorgfältig ausgesuchten Filmen, die in diesem Winter dem Motto „Starke Frauen“ folgen.

Ein weiterer Grund wird im Catering vermutet. Anfangs wurden Snacks angeboten.

Filmfreunden Grone an diesem Abend den „Goldenen Kochlöffel am Band“.



Herr Steckel (SPD) vom Ortsrat Grone richtete ebenfalls Glückwünsche zum Jubiläum aus und überreichte das Buch „1001 Filme die man gesehen haben muss, bevor das Leben zu Ende ist“. Er bedankte sich bei den Veranstaltern für diesen wertvollen Beitrag zum kulturellen Leben im Stadtteil.

Tatsächlich haben die Filmfreunde Grone (Grobian, die BI Grone Süd und die Jonagemeinde) hier ein Format geschaffen, das aus dem Stadtteil nicht mehr wegzudenken ist. ■

ten, inzwischen haben sich aber Renate Schier und Marianne Mogk einen über Groner Grenzen hinausreichenden Ruhm als Köchinnen erworben. Seit drei Jahren ist das Catering fest in ihren Händen und sie bereichern den Abend mit zum Film passenden Köstlichkeiten. Dafür überreichte ihnen Tom Oesterreich von den

Bündnis
Gemeinsam gegen Verdrängung und
#Mietenwahnsinn
Aktionen am 6.4.2019:
Gemeinsam gegen Verdrängung
und Mietenwahnsinn

Winterkino Programm im Februar und März

21. Februar, 19.00 Uhr

Du sollst es einmal besser haben*

Tragikomödie, Indien 2015
Der Arztsohn wird Arzt und die Tochter eines Hausmädchens wird ...
Das ist doch klar und deshalb hat Apehka keinen Bock auf Schule



20. März, 19.00 Uhr

Schweizer Suffragetten*

Drama, Komödie, CH 2017
Der Kampf um Frauenwahlrecht und gegen die alten Sitten. Eine Geschichte aus der Schweizer Provinz.



Starke Frauen



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Die nächste Kreismitgliederversammlung findet am **Mittwoch, 11. März 2020, 19:00 Uhr** im Saal der Roten Hilfe statt.

Input-Referat **Dr. Diether Dehm**, MdB: „Mit welchen 3 Themen kann DIE LINKE in die nächste Bundestagswahl gehen?“

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 19. Februar 2020, 19:00 Uhr im Neuen Rathaus, Raum 1118

Thema: Aktuelle Probleme von Hartz IV – Umsetzung durch den Landkreis, mit der Sozialberaterin Gertrud Niers und Eckhard Fascher.

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 24. Februar 2020, 19:00 im Foyer des Roten Zentrums,
Schwerpunktthema: Antisemitismus und Holocaust, Referent: Jo Bons

OV Altkreis-Osterode Jahreshauptversammlung:

Dienstag, 25. Februar 2020, 19:00 im Alevitischen Kulturverein (Hauptstraße 6, 37412 Herzberg am Harz)

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung + Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Wahl der Versammlungsleitung, des Protokollanten und die Mandatsprüfung
4. Bericht des Ortssprecher*innenrates
5. Wahl des Ortssprecher*innenrates
- 5.1. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
- 5.2. Wahl der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung
- 5.3. Wahl der gemischten Liste
6. Berichte (u.a. Kommunalpolitik Kreistag und Rat Herzberg, Neuigkeiten zur Fusion Bad Lauterberg / Bad Sachsa / Walkenried)
7. Kommunalwahlen 2021
8. Termine / Verschiedenes

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Freitag, 14. Februar, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Bovenden Mitgliederversammlung

Nächsten Termin bitte bei Marius Fedry (vgl. Adressenspalte).erfragen.

Arbeitskreise

AG Antifa Treffen

Mittwoch, 05. Februar, 18:00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum

Mittwoch, 19. Februar, 18:00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Clubtreffen: Dienstag, 25. Februar, 17:00 Uhr im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göttingen

Tagesordnung: u.a. Wahl der Verantwortlichen.

Fortsetzung Termine und Veranstaltungen auf Seite 10

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. *Kreistagsinfo* aktuell

Nr. 18 – Dezember 2019

EDITORIAL

Den Abschluss des Jahres stellte diesmal nicht die Haushaltsdebatte dar – der Doppelhaushalt 2020/21 wird erst im Januar verabschiedet. Es standen vielmehr zahlreiche Anträge nicht nur unserer Gruppe im Mittelpunkt, wobei eine sachliche Debatte über unsere Vorschläge ja ohnehin nicht zu den Gepflogenheiten des Kreistags gehört.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 5 – Klimaschutz bei jeder Amtshandlung

Nachdem unsere Gruppe diesen Antrag nach der Sommerpause gestellt hatte, wurde von der Verwaltungsgruppe ein ähnlicher Antrag nachgeschoben und inzwischen beschlossen, wobei noch vieles offen geblieben war, was von uns gefordert wird, gleichwohl aber ein Feigenblatt vorhanden war, um unsere Anliegen zu umschiffen.

Was offen blieb, waren insbesondere Kontroll- und Auswertungsinstrumente, wogegen etwas eigentümlich argumentiert wurde. Einerseits wurde gesagt, die Verwaltung werde lahmgelegt, wenn sie allen Vorschlägen nachkommen müsste (SPD-Motzer), andererseits wies Dezernentin Wemheuer darauf hin, dass viele Zahlen ja ohnehin, wenn auch nicht halbjährlich, vorgelegt würden. Nachdem sich SPD-Raubein Heinze noch (sinngemäß) empört hatte, dass wir uns erdreisten, Anträge zu stellen, wurde erwartungsgemäß abgelehnt.

TOP 7 – Sanktionen für SGB II-Bezieher aussetzen

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur teilweisen Verfassungswidrigkeit von Hartz IV-Sanktionen brachte unsere Gruppe den Antrag ein, im Landkreis Göttingen keine Sanktionen mehr zu verhängen. Andreas Gemmecke zählte die Probleme der Betroffenen auf, wie z.B. Stromsperrungen, und erinnerte zudem an die Ursprünge von Hartz IV, was der SPD überhaupt nicht behagte. Die SPDler Riethig (Sozialdezernent) und Philippi (stellv. Landrat) fühlten sich wohl angesprochen und verteidigten gemeinsam mit den anderen neoliberalen Vertretern eisern ihr unsoziales System und scheuten nicht davor zurück, Existenz vernichtende Strafen für kleinste Nachlässigkeiten der Betroffenen zu rechtfertigen. Wer nach der Wahl der neuen SPD-Parteiführung an eine Kehrtwende dieser Truppe geglaubt hat, wurde während dieses TOPs wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Es wurde tatsächlich die Behauptung aufgestellt, Sanktionen seien ein „letztes notwendiges Regelungselement“.

Die flapsige Bemerkung des Dezernenten Riethig („es freut mich, dass sie den Antrag gleich ablehnen werden“) zeigte dann, wie die Verwaltungsgruppe sich einspannen lässt, wenn die Verwaltung das Totschlagargument „Geschäft der laufenden Verwaltung“ ins Spiel bringt. Eckhard Fascher erläuterte, zwar ausführlich, warum es in diesem Fall nicht zutreffen kann, gleichwohl wurde unser Antrag abgelehnt.

TOP 10 – Resolution zum „Brandanschlag“ auf das Amtshaus Göttingen

Eingebracht wurde die Resolution von der CDU, bereits am 25.11., dem Tag also, an dem sich der Vorfall gerade erst ereignet hatte. Offenbar ist für manche die Welt messerscharf in Gut und Böse eingeteilt, so dass Ermittlungsergebnisse gar nicht erst abgewartet werden müssen. Mohan Ramaswamy stellte dann auch klar, dass es wohl nur um einen verbalen Schlag gegen „Linke“ gehe, die unbewiesen für schuldig erklärt werden.

Der von uns eingebrachte Änderungsantrag, der auch eine Verurteilung des Anschlags in der Goßlerstraße beinhaltete, bei dem sogar Menschenleben gefährdet wurden, wurde rabiat niedergestimmt, allerdings mit Abweichungen bei den Grünen. Insgesamt gab es die übliche Einigkeit rechts von uns, die mit allerlei Krokodilstränen – die betroffenen „Kunden“ der Ausländerbehörde kämen dadurch ja jetzt in Schwierigkeiten – verziert wurde.

TOP 12 – VVN/BdA muss weiter gemeinnützig bleiben

Bereits im (nichtöffentlichen) Kreisausschuss am Vortag wurde ausbaldowert, unsere Resolution gar nicht erst auf die Tagesordnung zu nehmen. Den Vorwand dazu lieferte die „fehlende Zuständigkeit“ des Kreistages, da dieser ja nicht über die Gemeinnützigkeit zu befinden habe. Merkwürdig nur, dass über den „Brandanschlag“ auf das Amtshaus der Stadt Göttingen debattiert werden durfte, obgleich auch hier keine Spur von Zuständigkeit des Kreistages zu finden war. Mohan Ramaswamy wies denn auch darauf hin, dass in der Vergangenheit ganz ähnlich gelagerte Resolutionen beschlossen wurden. Zudem sei die VVN/BdA auch in Göttingen aktiv.

Immerhin gab es von den Grünen Zustimmung, den Antrag auf der Tagesordnung zu belassen. Die SPD dagegen scheint eisern der Linie von Olaf Scholz zu folgen, die auch für andere, überwiegend progressive, Organisationen nichts Gutes verheißt.

TOP 32 – Heranziehungsvereinbarung SGB IX/XII - Bundesteilhabegesetz

Wie vor etlichen Jahren knirscht es wieder zwischen Stadt und Landkreis. Anders als in der Stadt wurden jedoch die Kreistagsabgeordneten erst in letzter Minute überhaupt informiert. Auf die Schnelle wurde dann eine Vorlage durchgewunken, die dem Landrat weitgehend freie Hand gibt.



► Konstruktive Diskussion zur Strategiedebatte

Wie in den GöBlä 12/2019 berichtet wurde, konnten bis zum 10. Januar Beiträge zur Strategiedebatte der LINKEN eingereicht werden. Es geht dem Parteivorstand darum, in der schwierigen Phase des Umbruchs eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Am 29. Februar und 1. März wird in Kassel die Strategiekonferenz stattfinden. Die Einladung richtet sich ausdrücklich auch an nahestehende Nicht-Parteimitglieder. Informationen findet Ihr unter: <https://strategiedebatte.die-linke.de>

Am 19. Dezember diskutierte eine außerordentliche KMV unterschiedliche Positionspapiere zur Strategiedebatte, die von einzelnen Mitgliedern vorgeschlagen wurden:

► Grundsätzlich wird ein Beitrag von Eckhard Fascher in seiner inhaltlichen Intention unterstützt, der aufgrund der existenziellen Bedrohungen einen konsequenten sozialökologischen Umbau bei gleichzeitiger Schärfung des inhaltlichen Profils einfordert. Dabei geht es

um grundlegende Veränderung in der Gesellschaft und um die (Zurück)gewinnung der Steuerbarkeit von Ökonomie im Allgemeininteresse. Als Ansprechpartner werden hier nicht andere Parteien, sondern Gewerkschaften und die neuen sozialen Bewegungen gesehen.

► Das vom Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform (KPF) mit der Bitte um grundsätzliche Unterstützung veröffentlichte Papier „Für eine an die Wurzeln gehende linke Politik!“ vom 2. November 2019 zur Strategiedebatte wurde eingehend und in Einzelaspekten kritisch diskutiert. Dabei unterstützt die Mitgliederversammlung die antikapitalistische, antifaschistische und antimilitaristische Stoßrichtung des Papiers und teilt die Position, am Erfurter Programm und seinen Grundsätzen festzuhalten.

► Edgar Schu fordert das Steuerkonzept der LINKEN in der Öffentlichkeit offensiv zu vertreten. Dabei geht es darum, deutlich zu machen, dass genügend Geld für unsere Forderungen vorhanden ist und über 90% der Menschen durch unser

Steuerkonzept entlastet würden. In dem vorgelegten Vorschlag wird bedauert: Zwar gibt es seit dem Bundestagswahlkampf 2017 dazu eine Rubrik irgendwo auf der Website unserer Bundespartei. Aber zur Bundestagswahl 2017 und bis heute gab und gibt es dazu kein gedrucktes Material, weder Flyer noch Plakate. Dies halten wir für ein zentrales Versäumnis.

Der Vorschlag wurde einstimmig verabschiedet und es wurde darüber gesprochen, wie dem noch mehr Nachdruck verliehen werden könnte.

Diese drei Papiere sind auch auf unserer Homepage dokumentiert:

<https://www.die-linke-goettingen.de/nc/kreisverband/aktuell/detail/news/strategiedebatte-der-partei-die-linke/>

Insgesamt sind die Beiträge zur Strategiedebatte sehr unterschiedlich, die Behandlung einzelner Aspekte LINKER Politik findet sich ebenso wie Ansätze einer Gesamtstrategie. Eine große Rolle spielt, ob SPD und Grüne als Verbündete anzusehen sind oder im Sinne des Verständnisses der LINKEN als gesellschaftlicher Alternative eine Zusammenarbeit doch schwierig ist, wobei die unterstützten Papiere von Eckhard Fascher und der KPF letzteres widerspiegeln.

ef

Presseerklärungen DIE LINKE LV Niedersachsen:

► Konzept Sozialstaat der Zukunft vorgestellt

Beim Jahresauftakt der Partei am heutigen Samstag haben die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger, ein Konzept für einen demokratischen Sozialstaat der Zukunft vorgestellt.

Dazu sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE: „Wir starten in das neue Jahr mit einem alternativen Ordnungsangebot: Einem Konzept für den demokratischen Sozialstaat der Zukunft. Damit verbunden das Versprechen, entschlossen für die Umsetzung zu kämpfen. Wir wollen einen neuen, einen besseren Sozialstaat. Einen Sozialstaat, der die Beschäftigten sicher durch die Umwälzungen bringt, die die Digitalisierung und die Klimawende für uns bedeuten. Ich habe mich sehr gefreut, dass auch das Bundesverfassungsgericht im letzten Jahr feststellte: ‚Die Menschenwürde muss nicht erarbeitet werden‘. Für mich ist klar: Der Sozialstaat der Zukunft muss die

Menschenwürde respektieren und soziale Garantien für alle aussprechen. Davon sind wir noch weit entfernt. Daher: Der Sozialstaat braucht mehr als ein Update, er braucht ein neues Betriebssystem.“

Dazu sagt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE: „Der demokratische Sozialstaat der Zukunft beinhaltet für uns bessere Leistungen für Menschen in Not, aber er ist viel mehr als das. Wir müssen den Wohlstand, den wir sichern und mehr wollen, neu definieren. Wohlstand ist mehr als Warenkonsum. Wohlstand ist stark davon abhängig, dass man Zugang zu guter Bildung hat, zu kulturellem Leben zu guter Gesundheitsversorgung, zu bezahlbarem Wohnraum und Mobilität. Der demokratische Sozialstaat der Zukunft muss einen gleichwertigen Zugang zu allen grundlegenden Gütern für alle hier lebenden Menschen sicherstellen. Dafür brauchen wir gute Angebote für

diese Bedürfnisse in öffentlicher Hand. Konkurrenz und Profitstreben haben in der Grundversorgung der Menschen nichts verloren. Das System guter öffentlicher Einrichtungen muss die Menschen unterstützen und befähigen, nicht verwalten und gängeln. Dazu gehören auch weitere Regelungen, wie zum Beispiel ein Anspruch auf Weiterbildung in der Arbeitszeit. Die Weiterbildung von Menschen, deren Arbeitsplatz von den Umwälzungen der Gegenwart bedroht ist, muss stattfinden, bevor die Stelle wegfällt.“

Das Konzept wurde einleitend von Prof. Dr. Klaus Dörre kritisch gewürdigt. Der Input von Dörre wird ab Montag hier abrufbar sein: <https://www.youtube.com/dielinke>

Ausführlich: Dokumentation des entsprechenden Beschlusses des Parteivorstand: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteivorstand/2018-2020/beschluesse/detail/news/das-linke-konzept-fuer-einen-demokratischen-sozialstaat-der-zukunft/>

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Fortsetzung „Klimaschutz?! Im Ernst?“ von Seite 1

- Ein kommunales Klimaschutzprogramm zur Reduzierung der CO2-Emissionen um 50% bis 2010.
- Einen Verkehrsentwicklungsplan mit Maßnahmen zur Beschränkung des motorisierten Individualverkehrs und Ausbau des ÖPNV.
- Die Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten entlang von Entwicklungsachsen, die an den ÖPNV angebunden werden können. Maßnahmen, die neuen Verkehr verursachen, sollten unterbleiben.
- Die Bildung einer schlagkräftigen eigenständigen Verwaltungseinheit Umweltschutz.
- Eine umfassende Information der Bürger über die Situation und alle umweltpolitischen Maßnahmen sowie deren umfassende Beratung.
- Eine Entwicklungszusammenarbeit mit den Völkern der „Dritten Welt“.

Einige Städte wie z.B. Hannover griffen dies durchaus auf und richteten Lokale-Agenda-21- Büros ein.

In Göttingen gab es dann mit Abschluss im Jahre 1999 einen Dialogprozess von „wichtigen Akteuren“, wobei diejenigen, die für das Allgemeinwohl eintraten, mit Lobbygruppen für Partikularinteressen gleich gestellt wurden. Nach der Verabschiedung eines schönen Papiers, dass einer weichgespülten Kompromiss-Variante „Wandel“ entsprach, passierte im folgenden Jahrzehnt praktisch nichts mehr. Auch das Agenda-21-Initiativen-Plenum war praktisch tot.

Vor etwa zehn Jahren gab es eine erneute Diskussion und im April 2011 wurde zuerst von der Stadt, dann im Jahre 2013 vom Landkreis Göttingen und auch vom damaligen Kreis Osterode jeweils ein Klimaschutzprogramm einvernehmlich verabschiedet. Dies sah eine Klimaneutralität bis zum Jahre 2050 vor. Auf der Netzseite der Stadt dazu: Bis zu diesem Zeitpunkt sollen die Treibhausgasemissionen fast vollständig auf Null und der Energiebedarf mindestens um die Hälfte reduziert werden. Der Restenergiebedarf soll ausschließlich aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. Die erneuerbaren Energien sollen möglichst vollständig in der Stadt oder in der Region gewonnen werden. Bereits bis zum Jahre 2020 (dieses Jahr!) sollen

die Kohlendioxidemissionen um 40% gesenkt werden. Wem das ambitioniert erscheint: Der nationale „Klimaschutzplan 2050“ von 2016 hat ähnliche Ziele. Der Landkreis strebt in seinem nach der Fusion aktualisierten Klimaschutzprogramm eine Treibhausgasneutralität bis 2040 an.

Kommunalpolitischer AK zum Thema

Nachdem bereits im Dezember letzten Jahres die Initiative Fridays for Future beim KoPol über ihre Aktivitäten berichtet hat, stand auch am 15. Januar das Thema Klimaschutz im Fokus. Aufgrund der aktuellen Diskussion und den neueren Erkenntnissen zur Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen möchte der Sprecher*innen*kreis der GöLi auch im Vorausblick auf die Programmdiskussion zur Kommunalwahl 2021 die Umsetzung des Klimaschutzes in Stadt und Landkreis einer gründlichen Bestandsaufnahme unterziehen. Insofern wurden am 15. Januar von Christian Schüler, Edgar Schu und mir einige grundsätzliche Erkenntnisse ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zusammengetragen. Dabei fiel auf, dass es einerseits auf den Klimaschutzseiten der Stadt zwar detaillierte Berichte gibt, andererseits aber auch durchaus noch Informationslücken bestehen.

Positiv vermerkt werden konnte folgendes:

- Die seit 10 Jahren bestehende Energieagentur Göttingen liefert vor allem Informationen und Beratungen zu Energieeinsparungen und zu regenerativen Energien für alle Interessierten.
- Der entsprechende Umbau von öffentlichen Gebäuden, dies sind insbesondere Schulen. Bei den Gebäuden der Städtischen Wohnbau könnte durchaus mehr passieren.
- Ein Zuschussprogramm des Kreises zur energetischen Altbausanierung.
- Einige Aktivitäten zur Verbesserung des Fahrradverkehrs

Nachdenklich stimmen folgende Probleme:

- Der Ausbau der Windkraft kommt nirgends wirklich voran, auch nicht im Landkreis Göttingen, wo sich überall gegen Windkraftvorhaben Bürgerinitiativen bilden.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 19. Februar, 19.00 Uhr,
Neues Rathaus, Raum 1118**

Thema: (in Planung):

Aktuelle Probleme von Hartz IV – Umsetzung durch den Landkreis, mit der Sozialberaterin Gertrud Niers und Eckhard Fascher.

- Mit dem Bioenergiedorf Jühnde ist auch ein von linker Seite begrüßtes Vorzeigeprojekt trotz seiner internationalen Beachtung sang- und klanglos von der Bildfläche verschwunden: Die dörfliche Genossenschaft verkaufte zum 1. Oktober letzten Jahres ihre Bioenergieanlage an die EAM, da die Sanierungskosten von den Genossenschaftsmitgliedern nicht aufgebracht werden konnten und ausreichende Zuschüsse ausgeblieben sind. Schade drum, zumal das Bioenergiedorf zur Sicherung der Nachhaltigkeit auch noch wissenschaftlich begleitet wurde, um negative Effekte der Bioenergie beispielsweise einen großflächigen „Energiepflanzen“-Anbau zu vermeiden.

Durchaus kritisch betrachtet wurde auch das im Sommer in Betrieb genommene, (...) Fortsetzung auf Seite 10



Fortsetzung „Klimaschutz?! Im Ernst?“ von Seite 9

(...) von der Stadtverwaltung als regenerativ bezeichnete BioWärmeZentrum Göttingen, das auch von Umweltverbänden aufgrund seiner Feinstäube, intransparenter Informationspolitik und dubioser Firmenkonstrukte kritisiert wird. „Frischholz“ wiederum würde bei seiner Verwendung als Co2-Speicher ausfallen.

Katastrophal sieht es im Bereich ÖPNV aus. Dessen Anteil ist offensichtlich weitgehend konstant geblieben. Wen wundert es, ist doch der Zuschuss für die Göttinger Verkehrsbetriebe seit mehr als 20 Jahren nicht mehr erhöht worden. Veränderungen am Liniennetz, als Anpassung oder Optimierung bezeichnet, dienen dem Angebotsabbau. Faktisch kommt

man vom Stadtrand gut und schnell in die Innenstadt, aber eben nicht z.B. vom Holtenser Berg/ Hagenberg nach Grone. Notwendig wären Linien, die die Außenbezirke miteinander verbinden.

Während der ÖPNV in der Stadt noch eine gewisse Rolle spielt, sieht dies in der Fläche vor allem jenseits der Kleinstädte ziemlich katastrophal aus. Über achtzig Prozent der Fahrgäste sind Schüler, deren Fahrtkosten übernommen werden und die damit den ÖPNV in der Fläche faktisch finanzieren. Sicher, wenn die Tarifreform im Kreisgebiet mit ihrem Sozialtarif und der Deckelung der Fahrpreise tatsächlich umgesetzt wird, wäre dies ein wichtiger positiver Schritt. Dies ändert aber noch nichts an dem

unzureichenden Angebot und der faktischen Abhängigkeit vieler Menschen, insbesondere von Pendlern vom Auto. Notwendig wäre es aber, gerade die Pendler im Auge zu haben und mit deren Betrieben in Kontakt zu treten. Die bei der Tarifreform vorgesehenen Jobtickets für Betriebe, sollten auch im Stadtgebiet angeboten werden. Wirklichen Reformen steht die privatwirtschaftliche Struktur des ÖPNV im Kreisgebiet entgegen. Nur mit öffentlichen, nicht Profit orientierten Unternehmen kann eine wirkliche Wende im ÖPNV gelingen.

Es arbeiten viele engagierte und kompetente Menschen in unserer Stadt und Region für den Klimaschutz. Daran liegt es nicht, wenn es viele Schwachstellen gibt, sondern eben an Strukturen, die die Durchsetzung von öffentlichen Interessen erschweren.

Wir dokumentieren einen Leserbrief von Gerd Nier an das Göttinger Tageblatt:

► Wenn es nach dem Willen der Stadt gegangen wäre, gäbe es das neue Kulturviertel nicht

Es ist ja schön, die positive, ja fast schwärmerische Berichterstattung über das „neue Kulturviertel auf der anderen Seite des Walls“ im GT zu lesen. Ohne Zweifel eine kulturelle Bereicherung demnächst ein weiteres Programmkinos in der ehemaligen Baptistenkirche und jetzt schon eine schöne und attraktive Ersatz- Spielstätte für das Junge Theater in der alten Voigtschule zu haben. Leider fehlt bei dem Rückblick zur Vergangenheit beider Gebäude, dass sie, wäre es

nach dem Willen der Stadtverwaltung und der übergroßen Mehrheit des Rates gegangen, gar nicht mehr zur Verfügung ständen. Beide Gebäude waren nämlich nach einem Ratsbeschluss gegen den öffentlichen Widerstand und den zweier kleiner Ratsfraktionen (GöLi und Piraten) eigentlich längst an einen privaten Investor verkauft. Wäre dieser mit seinen nachträglichen Forderungen an die Stadt bezüglich Zuwegung, Parkplatzbau etc. nicht zu unverschämt geworden, könnten

wir uns jetzt über Büro-, Therapieräume und Arztpraxen in den besagten Gebäuden freuen. Hier zeigt sich wieder einmal, wie wichtig es ist, sorgsam und zukunftsorientiert mit kommunalen Immobilien und Liegenschaften umzugehen. Das Fridjof-Nansen-Haus konnte leider nicht für ein weiteres Kulturviertel und für studentisches Wohnen gerettet werden. Dafür bekommen wir aber ein Millionen teures Betonwerk, genannt Kunstquartier, das sich jetzt schon Steidl-Ville nennt.

DIE LINKE.

Termine und Veranstaltungen – Fortsetzung von Seite 6

Klima“gerechtigkeit“ – Was ist das, wie geht das?

Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Club Göttingen: mit **Sabine Leidig**, MdB, Koordinatorin der AG sozialökologischer Umbau

Montag, 2. März 2019, 19:00 Uhr,

Ort: Stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest (auf weitere Ankündigungen achten)

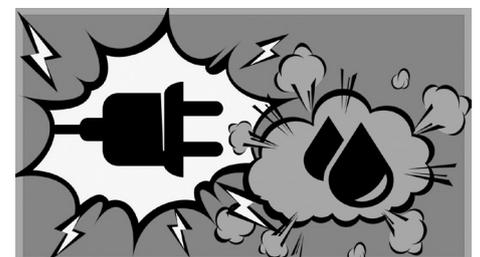
Weitere interessante Veranstaltungen:

DGB Göttingen

Wasserstoff- vs. Elektromobilität, die Zukunft der Automobilbranche und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten

Dienstag, 3. März 2020, 18.00

in der Alten Mensa am Wilhelmsplatz Referent*innen: Prof. Dietmar Stalke (Göttingen), **Dr. Hartmut Euler** (Kiel), N.N. (IG Metall), Betriebsrat Mahr (angefragt)



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
 im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

 Januar 2020
 aktuell

Aussicht auf die Kommunalpolitik für dieses Jahr

Wir wollen uns in diesem Jahr schwerpunktmäßig auf eine neue Verkehrspolitik konzentrieren, noch stärker auf die Wohnungspolitik Einfluss nehmen und alle Entscheidungen der Stadt auf das „soziale“ hin abklopfen. Wir sind dafür aber auch auf die Zuarbeit von Leuten aus dem Umfeld der „Wählergemeinschaft Göttinger Linke“ angewiesen, ähnlich wie es die Leute aus Grone im Zusammenhang mit der „Adler Real Estate“ gemacht haben und noch machen. Konkret heißt das: Wir wollen zusammen mit Interessierten ein grobes Grundkonzept erarbeiten, wie wir uns den Verkehr mittelfristig in Göttingen vorstellen. Wir müssen dafür nicht unbedingt das Rad neu erfinden, wir können uns dafür auch Ansätze aus anderen Kommunen holen, oder von Interessensverbänden wie dem ADFC.

Wichtig dabei ist aber, dass wir das Thema nicht im stillen Kämmerlein im Rathaus abhandeln, sondern dass wir erkennbar und vernehmbar als einer der Akteure wahrgenommen werden, die wirklich etwas an dieser verrückten Verkehrs-lage ändern wollen. Unsere grobe Vorstellung einer neuen Verkehrspolitik sieht ungefähr so aus: der Pendelverkehr, der jeden Morgen und Nachmittag alle Zufahrtstrassen in Göttingen verstopft, wird „vor den Toren der Stadt“ auf neu zu schaffenden Stellplätzen abgefangen und in Shuttles mit 10minütigen Takt in die Stadt gefahren. Das bedeutet:

- die Busflotte wird mächtig aufgestockt und es werden eine Menge Stellplätze neu geschaffen.
- Das Carsharing wird massiv gefördert.
- Der Warenverkehr wird auf Umschlagplätzen mit sauber betriebenen Fahrzeugen in die Innenstadt gebracht und verteilt.

Der Fahrradverkehr wird einerseits gefördert und ausgebaut, andererseits aber auch nutzerfreundliche Regeln für geparkte Fahrräder gefunden. Das Ziel sollte sein, dass alle ihr Fahrrad sicher und trocken abstellen können, nicht genutzte Räder aber auch nicht die Abstellplätze blockieren. Am Bahnhof sollte ein großes kostenlos zu nutzendes Fahrradparkhaus entstehen, rund um die Innenstadt werden mehrere kleine Parkhäuser gebaut.

Das alles wird richtig viel Geld kosten, was die Kommune aber alleine nicht stemmen kann. Doch es gibt ja inzwischen genau für solche Zwecke bereitgestellte Töpfe – siehe: <https://www.lnvg.de/foerderung/oepnv-foerderung/verknuepfungsanlagen-oepnv-spnv> . Diese müssen aber auch mal angezapft werden.

Die Fraktion möchte im Frühjahr eine kurze Reise in die Niederlande unternehmen, um sich genau dieser Problematik anzunehmen und sich informieren, wie andere Städte dieselben Probleme lösen.

Das 2. große Thema, was uns auch in diesem Jahr weiter beschäftigen wird, ist der **soziale** Wohnungsbau. Die Stadt rühmt sich zwar, dass sehr viele Bauanträge in der Pipeline wären und wir demnächst über viel neuen Wohnraum in Göttingen verfügen würden, sozial ist davon aber wesentlich weniger als die von uns angestrebten 30%. Wir werden darum also die Städtische Wohnungsbau stärker in die Pflicht nehmen müssen. Richtigerweise haben die Grünen und SPD endlich eingesehen, dass die Städtische Wohnungsbau besser ausgestattet werden muss und im Dezember auch im Rat unsere Forderung nach zusätzlichen 5 Mio. aufgegriffen. Jetzt muss aber dann auch konsequent dieser Weg zu Ende gedacht und geplant werden und die Städtische Wohnungsbau muss der Motor für sozialen Wohnungsbau sein. Das ist mit 30% nicht mehr getan, für städtischen Neu- oder Umbau müssen wir eine 100%-Quote anpeilen. Die Stadt muss keine Dividende erwirtschaften, die Wohnungen müssen sich nur selber refinanzieren und das durchaus in einem Zeitraum von 50 Jahren.

Um mit diesen Themen aber auch durchzukommen, bedarf es einer engeren Zusammenarbeit zwischen allen Betroffenen und Interessierten. Die neue DGB-Vorsitzende wissen wir auf unserer Seite, Michael Miessner bleibt mit seinen Studien weiterhin wertvoll für uns, das Wohnraum-Bündnis plant für Mai großangelegte Aktionen, die Initiative in Grone gegen Adler wird dieses Jahr wieder vernehmbar sein. Und wir alle zusammen müssen andere Betroffene motivieren sich zu wehren und der Stadt auf die Füße zu treten.

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Di: 13:00 - 17:00 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

11. Januar:

► Mahnwache des Göttinger Friedensforums zum Mord durch Trump

Sehr spontan rief das Göttinger Friedensforum zu einer Mahnwache am Gänseliesel auf und 25 bis 30 Menschen haben sich mit Transparenten und Flugblattverteilung daran beteiligt.



Auf den Info-blättern war zu lesen:

„Die aktuelle Eskalationsspirale ist brandgefährlich:

Der von US-Präsident Trump autorisierte Mord im Irak auf den Kommandeur der iranischen Quds-Brigaden Qassem Soleimani („Verteidigungsminister“ und zweitmächtigster Mann im Iran) und den Vizekommandeur der irakischen Volksmobilmachungskräfte ... ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und auf das Schärfste zu verurteilen. Trumps Exekution

Soleimanis war ein Akt des Staatsterrorismus, der die iranische Regierung nun zum Handeln zwingt. ...

Die Bundesregierung muss handeln:

Die Bundesregierung ist gefordert, der Regierung in Washington die Gefolgschaft zu verweigern. Die US-Stützpunkte in Deutschland dürfen nicht für weitere Kriegsvorbereitungen genutzt werden; d.h. konkret: Die Bundesregierung muss

Drohnenangriffe der USA über den Stützpunkt Ramstein und die Überflugrechte für einen Krieg gegen den Iran verweigern. Das gebietet das Grundgesetz. (...)

Wir fordern die Bundesregierung auf,

► zusammen mit anderen EU-Staaten nachdrücklich auf eine Deeskalation zwischen den USA und Iran hinzuwirken

► ihr Gewicht im Sicherheitsrat für die Einberufung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (nach dem Vorbild der KSZE) zu nutzen.“

Die Reaktionen der Passant*innen war sehr entgegengesetzt: Etliche kamen zu den Aktivist*innen und drückten ihre Sympathie mit dieser Aktion aus, etliche aber „pöbelten“ auch die Flugblattverteiler*innen an, diese sollen doch in den Iran gehen.



► Die mordende „Kraft des Guten“ oder Trump als Friedensengel unseres Globus´

Schon einmal haben die USA einen Krieg im Nahen Osten unter Vorspiegelung von Fake News entfacht. Die verheerenden Folgen muss die irakische Bevölkerung bis heute austragen Und auch diesmal beschwört der US-Außenminister Pompeo die „Kraft des Guten“, als Legitimation der Ermordung des iranischen Generals Soleimani. Unter völliger Missachtung der irakischen Souveränität tötet auf Befehl von Trump das US-Militär mittels eines Drohnenangriffs den ranghöchsten irakischen General in der Nähe des Flughafens in Bagdad. „Das Attentat auf einen Regierungsvertreter auf dem Boden eines dritten Landes ist ein kriegerischer Akt, der durch das Völkerrecht noch nicht einmal im Ansatz gedeckt ist ...“ schrieb Jens Berger auf den NachDenkSeiten in einem ersten Kommentar. Da wird offen das Risiko eines neuen

Golfkrieges durch einen unberechenbaren US-Präsidenten provoziert und unsere Regierung hüllt sich weitgehend in vasallenhaften Schweigen. Da werden ellenlang vermeintliche oder auch reale Verfehlungen und Verbrechen des iranischen Generals aufgelistet, aber mit keinem Wort auf das völkerrechtswidrige Vorgehen der US-Administration verwiesen. Da wird kaum mehr erwähnt, dass es Trump war, der mit seiner einseitigen Aufkündigung des Atomvertrages und den verhängten Sanktionen gegen den Iran die Situation im Nahen Osten wieder deutlich angeheizt hat. Wir brauchen keinen amerikanischen Weltpolizisten und Feuerwehmann, der sich anmaßt die Regeln zu bestimmen und statt zu löschen die Brände selbst legt. Wir wollen keinen Krieg mit dem Iran.

(gn)

Berlin Fahrt mit Victor Perli, MdB

Auf Initiative des Bundesabgeordneten Victor Perli sind die Mitglieder DIE LINKE. Göttingen / Osterode und weitere Interessierte eingeladen, zu einer Bundestagsfahrt nach Berlin zum Thema Wohnen.

Termin: 13.-15. Mai 2020,

das genaue Programm geben wir noch bekannt. Frühentschlossene können sich unter Angaben ihres Namens, ihrer Postadresse und der Personalausweisnummer bei der Mailadresse jostup@web.de bereits jetzt anmelden.